

Bezugspreis:
Wöchentlich 10 Goldpfennig, monatlich 2. — Goldmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Freizeit“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

10 Goldpfennig 100 Milliarden

Anzeigenpreise:

Die einseitige Sonderbeilage 0,70 Goldmark, Restanzen 1. — Goldmark. „Klein-Anzeigen“ das letzte Blatt 0,30 Goldmark, das folgende zwei Blatt 0,40 Goldmark (außer die zwei letzten Blatt), jedes weitere Blatt 0,10 Goldmark, Stellenangebote das erste Blatt 0,10 Goldmark, jedes weitere Blatt 0,05 Goldmark.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 13. Juni 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Direction der Dichtungs-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Streit um das Präsidentenamt.

Doumergue oder Painlevé? - Konflikt im Linksblock.

Paris, 12. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Vorkongreß der Vereinigten Linken, der am Donnerstag nachmittag um 2 Uhr zusammengetreten ist, hat mit 306 Stimmen den Präsidenten der Kammer, Paul Painlevé, zum offiziellen Kandidaten gewählt. 148 Stimmen sind auf Doumergue, den Präsidenten des Senats, entfallen.

Was seit Mittwoch zu befürchten war, ist also eingetreten: Die Linke, die seit den Wahlen in vorbildlicher Disziplin sich den Grundgedanken trennen und vereinen zu schlagen, zu eigen machte, hat sich in der Frage der Nachfolgerschaft Millerands gespalten. Die Linke der Kammer und die des Senats haben je einen eigenen Kandidaten. Trotz aller Bemühungen ist es nicht gelungen, eine Entscheidung zustandezubringen, und das Abstimmungsergebnis auf dem am Donnerstagnachmittag abgehaltenen Vorkongreß zeigt deutlich, daß, während die demokratischen Fraktionen der Kammer geschlossen für Painlevé gestimmt haben, die demokratische Linke des Senats ebenso geschlossen an ihrem eigenen Kandidaten festhält.

mittelbar vor dessen Zusammentritt am Eingang zum Kongreßsaal eine Mitteilung anschlagen lassen, in der er diese Ablehnung damit begründet, daß die Zusammensetzung des Kongresses nicht die von ihm als unerlässlich angesehene Einigung aller republikanischen Parteien erfülle.

Doumergue und Painlevé sollen verzichten.

Paris, 12. Juni. (W.B.) Eine Delegation der Gruppen der Linken hat nach Beendigung der Versammlung der linksstehenden Kammer- und Senatsgruppen, in deren Verlauf keine Einigung über den Kandidaten des Blochs der Linken für die Präsidentschaft der Republik erzielt wurde, einen Schritt beim Senatspräsidenten Doumergue unternommen, um ihn zu ersuchen, zuzustimmen, Painlevés auf die Kandidatur zu verzichten. Doumergue erwiderte, er habe keinen Verzicht auszusprechen, denn er sei bei der vorbereitenden Abstimmung kein Kandidat gewesen. Doumergue hat hinzugefügt, wenn ein reaktionärer Kandidat aufgestellt würde, dann übernehme er die Verpflichtung, im Falle er in die Minderheit gebracht werde, zugunsten des republikanischen Kandidaten zu verzichten, wenn dieser die meisten Stimmen erreicht habe.

Painlevé bleibt Kandidat.

Paris, 12. Juni. (W.B.) Nachdem Senatspräsident Doumergue sich bereit erklärt hat, seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl zurückzuziehen, haben die Parteien, die zum Kartell der Linken gehören, beschlossen, die Kandidatur Painlevés aufrechtzuerhalten. Die sozialistische Kammergruppe wird ebenfalls für Painlevé stimmen.

Arbeiter und Erfüllungspolitik.

Von Eduard Bernstein.

Bölkische und Kommunisten in hohler Übereinstimmung werfen der Sozialdemokratie Verrat der Arbeiterinteressen vor, weil sie für die Annahme der Resolution gewirkt und gestimmt hat, durch die die Reichsregierung verpflichtet wird, das Dawes-Gutachten über die Erfüllung der Deutschland auf Grund des Versailler Friedensdiktaats obliegenden Wiedergutmachungszahlungen zu akzeptieren.

Es ist angezeigt, diese Behauptung etwas näher zu betrachten, denn sie wird noch eine gute Weile in der Agitation der genannten Parteien und ihrer Geistesverwandten gegen die verhasste Sozialdemokratie eine Rolle spielen. Nichts ist ja bequemer, als vor dem großen Publikum, das die internationalen Rechts- und Machtverhältnisse nur ganz oberflächlich kennt, die Dinge so hinzustellen, als habe es lediglich von Beschlüssen des Reichstages abgehungen, beziehungsweise hänge lediglich von solchen ab, ob, wieder und in welchen Fristen Deutschland überhaupt Wiedergutmachungszahlungen zu leisten hat. Nur, wenn dies der Fall wäre, hätte nämlich die Befuldigung einen möglichen Sinn. Daß es aber nicht der Fall ist, daß keine Regierung auch nur einer der Ententestaaten es sich gefallen lassen würde, daß Deutschland einseitig über diese Fragen beschließt, daß im Gegenteil sowohl die Arbeiterregierung Englands wie die von den Sozialisten unterstützte radikal-demokratische Kammermehrheit Frankreichs Deutschland die uneingeschränkte Anerkennung des Dawes-Gutachtens zur Bedingung für die in Aussicht genommene Befreiung von der Pfänderpolitik Poincarés machen, läßt allein schon die Befuldigung als gänzlich sinnlos erscheinen.

Aber sie ist schlimmer als das. Sie ist eine schamlose Verdrehung der Tatsachen. Um das zu erkennen, braucht man nur die Frage zu unteruchen, was für Deutschland in Aussicht stand, wenn die Abstimmung vom 6. Juni im Reichstag umgekehrt ausgefallen wäre, als sie tatsächlich ausgefallen ist, wenn statt einer Regierung, deren Programm die Erfüllungspolitik ist, eine Gesellschaft die Mehrheit erzielt hätte, die nur in der Verneinung einer ehrlichen Erfüllungspolitik und im Haß auf die demokratische Republik einig ist.

Es ist kein Zweifel daran möglich, daß die Wirkung eines solchen Abstimmungsergebnisses für Deutschland politisch wie ökonomisch geradezu verheerend gewesen wäre. Politisch würde es um den Rest von Sympathie gekostet sein, den es noch bei den Völkern genießt. Es geht ein demokratischer Zug durch die Welt. Die Völker ersehnen die Herstellung des Friedens auf der Grundlage der Demokratie. Ein solcher Frieden kann aber nur erzielt werden, wo ein aufrichtiger Friedenswille vorhanden ist, und den kann Deutschland nur überzeugend beweisen durch Betätigung eines aufrichtigen Erfüllungswillens. Friedensreden, denen dieser fehlt, glaubt uns in der Welt, auf die es ankommt, kein Mensch mehr. Das Dawes-Gutachten enthält im einzelnen gewiß drückende Verpflichtungen, aber als Ganzes und in seiner Tendenz wird es in der Welt nicht mit Unrecht als die dargebundene offene Hand betrachtet, und ein Deutschland, daß auf diese Hand spuckt, mag sich vor Kindern und Narren als Heidenland aufspielen, vor urteilsfähigen Menschen würde es als eine Nation erscheinen, der nicht zu helfen ist.

Wie verzweifelt Deutschland günstig gestimmte Ausländer dessen Lage ansehen, als nach dem Wahlergebnis vom 4. Mai die Deutschnationalen und ihr Trost immer unerschämter auftraten, zeigt eine Notiz in der letzten Nummer des „New Statesman“, die das Datum des 7. Juni trägt, aber am 6. Juni gedruckt wurde. Sie lautet:

Die Lage in Deutschland ist wirklich sehr ernst. Es ist schwer, Worte zu finden, die das Ansteigen der oppositionellen Flut beschreiben, man kann nur sagen, daß es ernst zu sein scheint als je zuvor. Kommt keine Regelung zustande, so kann Dr. Schacht seine Rentenmarkwährung nicht mehr lange aushalten lassen. Hinterher mag es vielleicht nur noch für Ausländer — die Bankiers von London und New York — möglich sein, eine Währung aufzurichten, in die das deutsche Volk Vertrauen sehen würde. Es mag sogar selbst notwendig werden, eine Sterling- oder Dollarwährung einzuführen, um über die paar nächsten Jahre hinwegzukommen. Inzwischen würde Chaos herrschen und es nicht möglich sein, das Dawes-Gutachten oder irgendein anderen Schlichtungsplan in die Praxis umzusetzen. Deutschlands Industrie würde gesäumt sein, wie sie es infolge der für die Erhaltung der Rentenmark notwendigen Einschränkungen des Kredits nahezu jetzt schon ist.

„Deutschlands Industrie würde gelähmt sein“ — das war in der Tat das bevorstehende Verhängnis, das sich schon deutlich abzeichnete. In der ganzen Geschäftswelt herrschte Mangel an Betriebskapital, der Zinsfuß für langfristige Darlehen, wie sie die Fabrikant braucht, war auf eine schier untragbare Höhe gestiegen, die große Mehrzahl der Gewerbetreibenden ätzteten bei dem Gedanken an die unvermeidlichen Folgen einer Nieder-

Kritik und Gegenkritik.

Beginn der politischen Debatte auf dem Parteitag.

Als zweiter Referent des gestrigen Donnerstags schilderte Konrad Ludwig die innere Parteiarbeit. Mit Recht zog er aus dem geringen Kostenaufwand der von rechts und links beispiellos angegriffenen Partei — 845 000 Goldmark! — den Schluß, daß zehntausende Helfer unentgeltlich sozialdemokratische Bahlarbeit geleistet haben. Ihnen und all den vielen Parteiangestellten, die keine Rot der Inflationszeit im Eifer für die Sozialdemokratie lähmen konnte, sprach Ludwig unter einmütigem Beifall den Dank der Partei aus. Sie selbst ist wieder im Aufstieg, hat über 1 1/2 Millionen Organisationsmitglieder, und die Leserzahl der Parteipresse hat bereits die Vorkriegshöhe überschritten.

Nachdem die Kontrollkommission durch Brühne-Frankfurt a. M. die Entlastung des Parteivorstandes beantragt hatte, berichtete als dritter Referent Hermann Müller über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion. Die viel erörterten schweren Entscheidungen, die zwischen dem Agitationsinteresse der Partei und der Notwendigkeit der Sicherung der Republik gegen einen Rechtskurs zu treffen waren, wurden in aller Anschaulichkeit wieder vor Augen gestellt. Vor solche Entscheidungen wird die Fraktion immer wieder gestellt und so konsequent dahin geführt, daß sie die Republik über das Tagesinteresse der Partei stellen muß. Diese Taktik ist von der Ueberzeugung getragen, daß das arbeitende Volk schließlich in seiner Gesamtheit erkennen wird, was die Erhaltung der demokratischen Republik und ihre soziale Ausgestaltung für das Proletariat bedeutet. Die Arbeiterklasse findet in der demokratischen Republik den Boden, auf dem der Kampf um soziale Geltung ausgefochten werden kann. Genosse Müller widerlegte die Angriffe, die aus dem eigenen Lager gegen die Haltung der Fraktionsmehrheit zur Koalitionsfrage, im Ruhrkampf und zu dem Ermächtigungsgesetz erhoben worden sind. Erkehrte schließlich den Spieß um, indem er das nun überwundene Zusammengehen der sächsischen und thüringischen Gerassen mit den Kommunisten als Ursache des allbürgerlichen Zusammenschlusses, der säberrichten Reichsregierung und der schwereren Schädigung der Republik anklagte.

Am Nachmittag hörte man zunächst den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Der Parteitag hat 400 Teilnehmer, davon 285 gewählte Delegierte. Nachdem Heinrich Schulz über die neuen Aufgaben des Bildungswesens gesprochen und Adolf Braun dargelegt hatte, warum das neue Parteiprogramm noch im Stadium der Vorbereitung ist, verlas Robert Wilmanns die Frankfurter Anträge gegen Ebert auf die Tagesordnung zu bringen. Seine Vorwürfe gegen den Parteivorstand widerlegte Otto Wels. Und nun begann die Besprechung der Berichte, die sich bis jetzt ausschließlich mit der politischen Haltung der Partei beschäftigte. Robert Dilmann, Toni Sender, Sendewitz, Zwickau, Ströbel und andere führten die Opposition. Von der anderen Seite sprachen nur Scheidemann und Remmele-Baden.

Die Kritiker der Parteipolitik haben gewiß darin recht, daß wir alle uns manches, vieles anders gewünscht hätten, als es gekommen ist. Nur ob ihre Ratschläge geeignet sind, eine Besserung herbeizuführen, das ist die Frage. Zum mindesten haben sie dadurch, daß sie ihren Stoß besonders gegen den Reichspräsidenten richteten, einen Mangel von politischem Fingerpitzengefühl bewiesen, der geradezu erschreckend wirkt. Ebert ist heute hart umklämpt im Ringen zwischen Demokratie und Reaktion. Ihn und Severing in Preußen zu stürzen, scheint der Rechten höchst erstrebenswertes Ziel. Wenn in diesem Augenblick Sozialdemokraten kommen mit dem Ruf: „Fort mit Ebert!“ so ist das schon eine Situation von ungewollter Komik!

Scheidemann erntete Beifallsstürme, als er den Ebert-Stürzern die Unsinngigkeit ihres Verhaltens vorhielt. Wäre der Parteitag dem an sich äußerst unpraktischen Vorschlag Wardwalbs nachgegeben, schon ein Jahr vor der Präsidentschaftswahl den Kandidaten der Partei zu nominieren, so könnte gar kein Zweifel daran bestehen, wie die Entscheidung des Parteitags ausgefallen wäre. Der donnernde Beifall, der sich erhob, als Scheidemann für Ebert eintrat, hat das klar gezeigt.

Aus Wien wird uns gedrahelt, daß Genossin Adelheid Popp zur Frauenkonferenz nach Berlin reist und wahrscheinlich noch den Parteitag wird begrüßen können.

















# Sozialdemokratischer Parteitag.

Bericht der Reichstagsfraktion. — Politische Aussprache.

In seinem Bericht über Organisation, Agitation und Kasse führte Genosse Ludwig aus:

Bei der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien im Oktober 1922 zählte die SPD. nach dem Bericht des Parteitages von Augsburg 1 174 105 Mitglieder, die USPD. nach dem Bericht des Parteitages von Gera 290 762 Mitglieder. Nach den Feststellungen der Bezirksleitungen haben, verursacht durch Treibereien einzelner Blindgänger, nur 206 065 Mitglieder der USPD die Vereinigung mit der SPD. vollzogen. Nach den verkauften Beitragsmarkten — nicht nach der Höhe der Beitragssumme, die ja keinen Maßstab darstellt — zählte die Vereinigte Partei am Jahreschluss 1 261 072 Mitglieder, darunter 130 000 Genossinnen. Auf diese Zahl können wir stolz sein, wenn wir bedenken, welche furchtbare Inflationsperiode hinter uns liegt und in welchen elenden wirtschaftlichen Nöten sich die deutschen Arbeiter immer noch befinden. Während der Inflationsperiode war die ganze Tätigkeit der Parteileitung, aber auch die der Bezirke, darauf gerichtet, die Organisation und die notwendigen Organe und Einrichtungen aufrechtzuerhalten. Die Bezirke sowohl wie der Parteivorstand mühten, so schmerzlich es war, während der schlimmsten Zeit viele Angestellte und Arbeiter entlassen. Der Höhepunkt der Krise wurde im letzten Quartal 1923 erreicht. Da mußte eingestellt werden: Die „Neue Zeit“, „Der wahre Jakob“, „Die Gleichheit“, das Mitteilungsblatt des Parteivorstandes, das für Beamte und die „Gemeindepolitik“. Der Parteivorstand hat bis zu der Zeit 40 über ganz Deutschland verteilte Angestellte entlassen müssen. Das alles ist in der Organisation überwunden worden, und seit Januar berichten alle Bezirke über eine Aufwärtsbewegung. Es ist aber auch gelungen, die Parteipresse während der Wirtschaftskrise, insbesondere während der Inflationsperiode, zu erhalten. Neben der Treue der Genossen und Genossinnen als Leser, als Vertrauensleute, als Treuhänder, als Preßkommissionsmitglieder, als Arbeiter oder als Angestellte verdanken wir diese Tatsache den Geschäftsführern unserer Parteigeschäfte, und der Parteivorstand beauftragt mich ausdrücklich, diesen allen den besonderen Dank der Partei abzulassen für ihre Hingabe und große Aufopferung in jener toten Zeit des Jahres 1923.

Die Partei verfügt zurzeit über 169 Zeitungen. 104 Zeitungen werden in eigenen Druckereien hergestellt. In diesen befinden sich 121 Rotationsmaschinen, 259 Schnellpressen und 298 Schmelzmaschinen. Gegen 1914 verfügt die sozialdemokratische Partei über das Doppelte an Parteizeitungen, aber auch der Leserstand, der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückgegangen war, steigt seit Januar und hat die Friedenszahl überschritten.

Der Parteivorstand gibt seit einiger Zeit wieder das Mitteilungsblatt für Funktionäre heraus, neu erscheint ab Juli d. J. „Die Genossin“, Informationsblätter für weibliche Funktionäre. Der „Freie Beamte“ wird demnächst ebenfalls wieder erscheinen.

**Zur Reichstagswahl**  
hatte der Parteivorstand die Organisation der Materiallieferung für die Bezirke längst vor der Auflösung des Reichstages in Angriff genommen. Wenige Tage nach der Auflösung erhielten die Bezirke das Handbuch für die Reichstagswahl zugestellt, sodann ein kleines Werkbuch für Parteifunktionäre, fünf Ausgaben Referentenmaterial, darunter zwei Ausgaben für weibliche Wähler. Außerdem lieferte der Parteivorstand den Bezirken 2 000 000 bunte Flugblätter und 15 verschiedene Sorten Plakate in einer Gesamtauflage von 500 000 Stück. Daneben wurden den Bezirksleitungen 43 verschiedene Flugblattentwürfe zur Verfügung gestellt. In Gesamtkosten hat der Parteivorstand für die Reichstagswahl 145 000 M. ausgegeben. Er hat alle Materialien den Bezirken gratis geliefert. Die Gesamtkosten der Partei zur Reichstagswahl betragen nach unseren Feststellungen rund 845 000 M. für sämtliche 35 Wahlkreise. Die Wahl mit diesen geringen Mitteln bei der Heftigkeit des Wahlkampfes zu führen, war nur möglich mit einer opferbereiten Organisation, in der fast alle Organisationsarbeiten für die Wahl ohne Entgelt geleistet wurden.

An Stelle des „Wahren Jakob“ erscheint seit dem 15. Januar dieses Jahres das Wählblatt der Republik „Caden links“.

Redaktion und Verlag wissen, daß noch sehr viel für den Ausbau des Blattes zu tun ist. Für die Frauen erscheint seit dem 1. März d. J. die „Frauenwelt“. Bis jetzt liegen 8 Nummern vor. Es ist mit vieler Mühe gelungen, der „Frauenwelt“ sofort einen Modestil beizufügen, ja, es ist möglich gewesen, ab Nr. 4 einen eigenen Schnittmusterbogen herzustellen. Die Auflage beträgt heute 67 000. Der „Frauenwelt“ liegt eine Beilage „Kinderland“ bei. Diese Beilage „Kinderland“ hat bereits heute 3000 feste Abonnenten in den Kindergruppen der einzelnen Orte. Der Verlag Dieß hat außerdem am 1. April im Auftrag des Parteivorstandes eine wissenschaftliche Zeitschrift, „Die Gesellschaft“, redigiert vom Genossen Rudolf Hilferding, herausgegeben. Der Verlag kann heute über 5000 feste Abonnenten buchen. Die Zeitschrift erscheint monatlich einmal. Außerdem wird wieder am 1. Juli d. J. eine Kommunalzeitschrift „Die Gemeinde“ — Halbmonatszeitschrift — für sozialistische Arbeit in Stadt und Land erscheinen. Die erste Nummer liegt Ihnen bereits vor.

Während wir in den Monaten Januar bis einschließlich 1. Mai eine monatliche Durchschnittseinnahme von 23 000 M. an Beiträgen buchen konnten, sind vom 1. bis 12. Juni 32 000 M. bei uns eingegangen. Die Gesamteinnahme des Parteivorstandes in den jurisdiktenden letzten Monaten betrug an Beiträgen der Mitglieder 151 727 M., 145 234 M. andere Beiträge, darunter 63 187 M. aus der internationalen Sammlung, 178 543 M. von den Parteigeschäften, 17 482 M. von der Einkaufszentrale, 763 M. zurückgezählte Darlehen, 105 M. Zinsen und 8784 M. sonstige Einnahmen.

An Beiträgen sind bis zum 10. Juni 151 727 M. vereinnahmt worden, die einzelnen Bezirke, wir zählen 31, haben mit einer Ausnahme dazu beigetragen. An der Spitze der finanziellen Leistung steht Hamburg mit 17 850 M., dann folgt Leipzig mit 14 857 M., Chemnitz-Zwickau mit 12 556 M., Berlin mit 11 250 M., Hannover mit 9365 M. Die Größe der Bezirke, nach den Mitgliederbeiträgen errechnet, ist: Hamburg 98 000, dann Hannover, Leipzig, Schötenzwickau, Frankfurt, westfälische Westfalen usw. Nach fünf Monaten ist es das erstmalig möglich, einen Vergleich gegen früher, d. h. vor dem Kriege, anzustellen. Die sozialdemokratische Partei hatte vor dem Kriege im letzten Geschäftsjahr eine Gesamteinnahme von 1 400 000 Mark. Wir haben also

gegenwärtig fast den Friedensstand erreicht.

Dabei muß ausdrücklich betont werden, daß alle Orte, Bezirke und auch der Parteivorstand früher über kleinere und größere Reserven verfügt haben. Das ist heute nicht der Fall.

Ehe ich den Kassenbericht abschließe, will ich auch noch Namens des Parteivorstandes den Genossen aus der Internationale besonderen Dank sagen. Die deutsche sozialdemokratische Partei hat aus dieser Sammlung 100 000 M. in den letzten 1½ Jahren zur Aufrechterhaltung ihrer Organisation und Einrichtung erhalten.

Das Bildungswesen der Partei befindet sich ebenso wie die Jugendorganisation und Erziehungsbewegung der Kinderfreunde, in neuem Aufstiege. Die Kinderfreunde-Bewegung zählt, obwohl sie erst etwa ein halbes Jahr besteht, bereits 70 Ortsgruppen, die Jugendorganisation hat eine Mitgliederzahl von über 100 000, und die Zahl der Bildungsausschüsse ist auf 600 angewachsen. Eine ähnliche erfreuliche Entwicklung zeigt auch die Jungsozialisten- und Lehrerbewegung.

Brüno-Frankfurt a. M. berichtet als Vorsitzender der Kontrollkommission über deren Tätigkeit seit dem letzten Parteitag. Zu erledigen waren zwei Beschwerden. Abgelehnt wurde die Beschwerde des Genossen Otto über die Verteilung einer Geschäftigungssumme von 8 Millionen Mark an die Arbeiter und Angestellten des Dießschen Geschäftes bei dessen Auflösung in Stuttgart, da sich die gesamten Arbeiter und Angestellten und der Arbeiterrat einverstanden erklärt hatten. Die andere Beschwerde erfolgte vom Parteisekretariat für Ost-Hannover über den Beschluß des Parteivorstandes gegen die Aufstellung des Genossen Koste als Reichstagskandidaten. Auch dieser Beschwerde wurde nicht stattgegeben. Nach Prüfung der Geschäfte des Parteivorstandes beantragt die Kontrollkommission, dem Parteivorstand für seine gesamte Tätigkeit Erlöste zu erteilen, da alles in Ordnung befunden wurde.

## Zum Bericht der Reichstagsfraktion

erhält darauf das Wort

**Hermann Müller:** Meine Aufgabe wird es sein, darzustellen, was die Fraktion geleistet hat, um die Fraktion gegen ungerechtfertigte Angriffe zu verteidigen. Die positive Arbeit der Fraktion ist in unserem Wahlhandbuch bis ins einzelne dargestellt. Die sozialdemokratische Fraktion hat ihr Hauptgewicht darauf gelegt, positiv für die Arbeiterklasse zu wirken. 1879, bald nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes, hat kein Geringerer als Friedrich Engels den ersten Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Fraktion angegriffen, weil er der Auffassung war, daß damals die Politik der Fraktion zu reformistisch war. Und August Bebel war es, der Engels antwortete:

„Die Masse verlangt, daß auch für das Heute geforgt wird, unbeschadet dessen, was morgen kommt.“

(Sehr gut!) Dieser Grundsatz war bis in die letzte Zeit hinein unser Leitstern bei der parlamentarischen Tätigkeit. Heute ist uns dieser Kampf besonders erschwert, weil durch die Kriegsschuld irregeleitete Klammern zum Teil den Weg nach rechts finden ließ, und wir auf der anderen Seite mit einer Partei links neben uns zu rechnen haben, deren ganze Taktik darauf hinausgeht, die sozialdemokratische Partei zu zerstören. Das beeinträchtigt die parlamentarische Arbeit sehr. Es war zum Beispiel in der letzten Zeit kaum möglich, die Anträge der Fraktion auf die Tagesordnung zu bringen. Im neuen Reichstag sollen nun wieder regelmäßig Schwereinstage abgehalten werden, und als erste sollen die Anträge der Fraktionen zur Verhandlung kommen, die zu den auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen eingebracht sind. Aber noch den Standalysenen, die wir erlebt haben, ist zu befürchten, daß die bürgerliche Mehrheit dafür sorgen wird, daß dies Parlament nicht allzu oft und zu lange zusammentritt.

Also auch hier schädigt das Vorgehen der Kommunisten die Tätigkeit der Fraktion am meisten, die positiv für die Arbeiterklasse das Möglichste herauszuschlagen sucht.

Das Parlament spielt heute eine ganz andere Rolle in der Geschichte als vor dem Weltkrieg und der Revolution. Damals war der Reichstag mehr ein Debattierklub — Wolfrat hat neulich gesagt: „An sanfter Rede und Gegenrede“ heute kann das Parlament alles, wenn es nur will. Früher hatten wir eine Obrigkeit, die selbst die Tagesordnung des Parlaments bestimmt hat. Heute haben wir viel mehr Interpellationsdebatten, und die eigentliche Beratung der Gesetze wird schneller erledigt als früher. Infolge des Zielparteiensystems besteht keine geschlossene Mehrheit. Die Extreme von rechts und links können sich sehr leicht vereinen auf Grund eines Nichtvertrauensvotums, wenn es nur geschieht genug formalisiert ist, so daß der Sturz einer Regierung — besonders wenn nicht schwerwiegende außenpolitische Debatten auf der Tagesordnung stehen — eigentlich Woche für Woche möglich ist. Das beeinträchtigt außerordentlich die Arbeit des Parlaments und zeigt auch, daß heute keine Partei, die in der Regierung nicht vertreten ist, völlig frei von Verantwortung ist, wie überhaupt das parlamentarische System zur Wahrheit und zur Erkenntnis der Realitäten in der Agitation erliegen soll. (Sehr richtig!) Denn das Verlangen von Unmöglichen rächt sich an jeder Partei, die gezwungen ist, in absehbarer Zeit selbst in die Verantwortung zu gehen. Damit ist nicht gesagt, daß wir von unseren sozialistischen Grundfragen, von unseren Idealen irgend etwas aufzugeben haben; wir haben jetzt weniger als je Ursache, etwa für den Sozialismus ein Moratorium zu nehmen. Im Gegenteil, objektiv sind die Voraussetzungen für die Durchführung des Sozialismus besser geworden. Nicht nur der Krieg hat in dieser Richtung gewirkt, sondern noch viel mehr die Zeit der Inflation, die ungeheure Massen früherer Ständehänger proletariisiert hat, was uns nur um so mehr veranlassen muß, diese Schichten in fleißiger intensiver Kleinarbeit dem Heer des Proletariats zuzuführen.

## Die gekränkten Bürgerblockmädchen.



Da sieh mir nur die schönen Knaben!  
Es ist wahrhaftig eine Schmach;

Gesellschaft könnten sie die allerbeste haben,  
Und laufen diesen Mägden nach!





